

25./X. 1914

Wochenchau.

H. A.—r. Wie die Notenbank den Mittelpunkt unseres finanziellen Lebens bedeutet, so beseitigen die Zahlen, die zur Erläuterung der Kriegsgewinnsteuer-Vorlage geboten worden sind, mit einem Schlage den dichten Schleier, den man noch bis in die letzte Zeit über die Bank-Gebarung gebreitet hatte. Eine Bevormundung, die besser unterblieben wäre und vor der man selbst im zaristischen Rußland zurückgeschreckt ist. Wer Zahlen zu lesen und zu deuten weiß, kann ja aus den jetzt gebotenen eigentlich die ganze Wandlung erkennen, die der Krieg unserem Wirtschaftsleben gebracht hat. Die Inflation, die Ueberflutung des Marktes mit Bankmitteln, das fast völlige Schwinden des Eskomptegeschäftes mit Privatfirmen. An ihre Stelle ist der Staat getreten. Er hat mit Recht unterlassen, Staatsnoten auszugeben. Die Bank deckt seinen Geldbedarf und dafür, daß sie diese Zahlungsmittel unter ihrem Giro in die Welt gehen läßt, ist sie am Gewinn beteiligt. Denn angesichts der Zahlen, die da über den Gewinnanteil der beiden Staaten, die Banknotensteuer und die Kriegsgewinnsteuer mitgeteilt werden, läßt sich tatsächlich mit größerem Rechte sagen, daß die Bank am Ertragnis ihres jetzt vor allem den beiden Staaten gewidmeten Geschäftes einen Anteil behalten hat: der Börsenanteil fällt den beiden Staaten zu! Die drei Jahre 1914 bis 1916 haben ein Reinertragnis von zusammen 302 Millionen K. gebracht und davon verbleiben der Bank nur 67 Millionen K., die beiden Staaten beziehen aber 235 Millionen K.! Da kann man wohl sagen, der Staat hat's gegeben, der Staat hat's genommen!

Die staatlichen Kreditoperationen haben es zuwege gebracht, daß dem Bankaktionär in diesen drei Jahren noch immer 8½ bis 9½ Prozent Dividende zufließen konnten, obwohl er nur mehr mit 23 Prozent, die beiden Staaten aber mit 77 Prozent am Ertragnis der Bank beteiligt waren. Dividenden, die dem in der Zeit der Hochkonjunktur des Friedens, im Jahre 1913 erreichten Satze (9,2 Prozent) vollauf entsprechen.

So wirkt die staatliche Gewinnbeteiligung mittelst der Kriegsteuer hier eigentlich nur als eine Art Erhaufst, der den Gewinn, den die Bank ja doch nur im staatlich übertragenen Wirkungskreise erzielt hat, abzieht, ihn wegsteuert, während an dem schon zur Norm gewordenen Gewinn des Aktionärs innerhalb dieser Normalgrenze nichts geändert wird. Die Staatsbeteiligung am Bankertragnis sorgt dafür, daß der Krieg für die Bank nicht konjunkturmäßig ausgebeutet werden kann. Diese Beteiligung beider Staaten ist aber doch wieder so einsichtig bemessen, daß sie trotz all ihrer riesigen Höhe die Kriegszeit für die Bank auch nicht zu einer Unterkonjunktur werden läßt. Das könnte eigentlich den Wunsch nahelegen, das System der Bankbesteuerung auch auf die anderen rechnungspflichtigen Unternehmungen angewendet zu sehen. Denn während die Kriegbesteuerung der Notenbank sich reibungslos vollzieht — allerdings sind hier die besonderen Verhältnisse des Geschäftsbetriebes der Bank nicht außer acht zu lassen — hat die Kriegbesteuerung der übrigen Aktiengesellschaften die heftigsten Kämpfe entfesselt, Kämpfe, welche die Gegnerschaften, die unser politisches und wirtschaftliches Leben gemeinschädlich durchsetzen und beherrschen, in deren ganzer Größe zutage treten lassen. Wie immer sie enden werden, ob die Anträge des Abgeordnetenhauses oder des Herrenhauses oder Kompromißvereinbarungen durchdringen werden: auch die mildeste Fassung dieser Steuerfrage läßt den Ernst erkennen, mit dem Regierung und Volksvertretung an der Bedeutung des Zinsenerfordernisses der Kriegsanleihen arbeiten. Eine Festigkeit und Entschlossenheit, die zur Beteiligung an der Kriegsanleihe nur noch mehr anregen muß. In der Tat lauten die Berichte über den Fortgang der Zeichnung ganz vorzüglich. Die Erfolge in Italien und die Wendung der Dinge in Rußland, die mehr und mehr annehmen läßt, diese Siegesanleihe werde auch den Abschluß der Kriegsanleihen bringen, dieser siebenten werde also keine achte mehr folgen müssen, alles das regt die Zeichnungslust nur noch mehr an. Und so erwartet man mit Recht, daß die jetzige Kriegsanleihe in ihrem Ergebnisse das aller ihrer Vorgänger beträchtlich übertragen werde.

Wichtige, überaus beruhigende Erklärungen über das künftige Schicksal hat nun auch der Gouverneur der Oesterreichisch-Ungarischen Bank abgegeben. Immer regte sich die bange Frage, ob man die jetzt in den Kriegsanleihen angelegten Kapitalbeträge zur Wiederaufnahme der Friedensarbeit wieder werde flüssig machen können. Hiefür kommen zunächst allerdings die Darlehensklassen in Betracht und so kann ihr längerer Fortbestand über den Krieg hinaus gewiß keinem Zweifel unterliegen. Sie werden den Kriegsanleihe-Besitzern einen etwaigen Geldbedarf gegen mäßige Verzinsung zu decken haben. Aber auch darüber hinaus wird sich wohl ein Geldbedürfnis ergeben. In Deutschland hat die Reichsbank schon jetzt Vorkehrungen getroffen, jedem, der Kriegsanleihe gezeichnet hat, jederzeit Beträge bis zu Nomi-

nale 1000 Mark zum Kurse von 93.— abzunehmen. Das kann indes nur eine Augenblickshilfe bedeuten. Die Deutsche Reichsbank hat deshalb im Vereine mit den Banken eine große Aufnahme-Aktion in Aussicht genommen, die in der Lage sein wird, auch nach Milliarden zählenden Verkaufsanträgen zu entsprechen. Im Zusammenwirken der Reichsbank mit den Banken sollen dann die gemeinsam aufgenommenen Kriegsanleihe-Titres in einer Anzahl von Jahren wieder abgestoßen, also dem Markte zur Auffaugung überlassen werden. Die Mitteilungen, die Geheimrat von Popowicz dem Vertreter eines Budapestter Blattes gemacht hat, lassen entnehmen, daß Ähnliches für Oesterreich und Ungarn vorbereitet wird.

Es wäre nur zu wünschen, daß diese Zukunftsorgen bald unmittelbare Aktualität erlangten — jetzt sind wir noch inmitten der Kriegswirtschaft und alle tragen an ihren Folgewirkungen. Vor allem die Industrie, Unternehmer und Arbeiter! Der Kohlen- und Wagenmangel lastet so schwer auf der Eisenindustrie, daß eine Reihe von Unternehmungen den Betrieb ganz eingestellt oder auch noch mehr als bis zur Hälfte eingeschränkt haben. Die Herstellungskosten haben sich bis ins Unmögliche gesteigert, so hoch, daß die sich mehrenden Preiserhöhungen ein Gegengewicht auch nicht annähernd zu bieten imstande sind. In einer unserer größten alpenländischen Unternehmungen ist die Erzeugung von Feinstreckmaterial, Stahl- und Waggonsfabrikaten in den beiden Werken, die sonst in dieser Richtung voll beschäftigt sind, eingestellt. Die Hauptschwierigkeiten sind durch den Mangel an Fahrbetriebsmitteln veranlaßt: es fehlt an genügend viel Wagen für die Kohlenzufuhr und für die Abfuhr der Erzeugnisse. Die Betriebseinschränkung hat in mehreren Unternehmungen schon zu Arbeiterentlassungen veranlaßt. Unter diesen Umständen beginnt nun auch die Börse, ihre Dividenden-Schätzungen zu überprüfen: für die Alpine Montangesellschaft glaubt man jetzt nicht mehr als 24 bis 25 K. Dividende erwarten zu dürfen.